Nr. 289 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 142

Abend-Ausgabe

1 Mark

Bezugspreis:
Vierteljährl. 150.— M., monatl. 50.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 50.— M., einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Memelgebiet, sowie Oesterreich u. Luxemburg 84.— M., für das übrige Ausland 102.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts
Berliner Volksblatt
Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 16.— M. — Reklamezeile 80.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 4.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 3.— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 2.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 3.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97 Expedition Moritzplatz 11753—54

Mittwoch, den 21. Juni 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Gewerkschaften gegen Brotwucher.

Der Gewerkschaftskongreß in Leipzig nahm heute vormittag einstimmig folgende Entschließung zur Frage der Brotversorgung durch die Getreideumlage an:

„Der Kongreß nimmt Kenntnis von dem kritischen Stand der parlamentarischen Behandlung des Gesetzentwurfes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide.

Angesichts der Gefahr, daß die bürgerliche Mehrheit des Reichstages dem Drängen nach freier Wirtschaft folgt, unterstützt der Kongreß in letzter Stunde nochmals einmütig alle Forderungen des ADGB., die in der Frage der Brotversorgung dem Reichstag, der Reichsregierung und den Regierungen der Länder rechtzeitig unterbreitet wurden.

Der Kongreß fordert, daß der Reichstag dem Gesetz eine Fassung gibt, durch die die Brotversorgung der versorgungsberechtigten Bevölkerung in ausreichendem Maße zu erschwinglichen Preisen bei Deckung der Produktionskosten, aber unter völliger Ausschaltung von Konjunktur- und Valutagewinnen sichergestellt wird.

Indem der Kongreß nochmals auf die Folgen der von gewissen Kreisen der Landwirte geforderten freien Wirtschaft in der Brotversorgung hinweist, erklärt er, daß er für die mit Sicherheit eintretenden katastrophalen Zustände jede Verantwortung ablehnt."

Obstruktionsversuche im Ausschuß.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages trat heute 10 Uhr vormittags zusammen, um die Beratung der Getreideumlage zu beginnen. An der Zusammensetzung des Ausschusses fällt auf, daß die Vertreter der bürgerlichen Parteien wiederum fast ausschließlich aus Repräsentanten des landwirtschaftlichen Besitzes bestehen.

Es wurde zunächst beschlossen, in Anbetracht der dringenden Wichtigkeit des Gegenstandes und seiner raschen Erledigung von einer Generaldebatte abzusehen.

Die Generaldebatte wurde aber dennoch von den Deutschnationalen erzwungen, indem sie einen vom Abg. Roesicke eingebrachten Antrag begründeten, den grundlegenden Artikel 1 der Vorlage abzulehnen und damit den freien Verkehr mit Getreide inländischer Ernte herzustellen.

Ein weiterer Antrag der beiden Rechtsparteien will für die Umlage einen Scheinersatz in Form weitläufiger Maßnahmen herstellen, deren Wirksamkeit stark bezweifelt werden muß und deren Durchführung jedenfalls im Laufe der zur Verfügung stehenden Zeit unmöglich wäre. Es handelt sich ganz offensichtlich um einen Verschleppungs- und Obstruktionsantrag, um zunächst einmal die Getreideumlage zu Fall zu bringen. Was danach wird, scheint den Herren von den Rechtsparteien ziemlich gleichgültig zu sein. Der von ihnen gestellte Ersatzantrag soll nur dem Zwecke dienen, ihr Verhalten vor den städtischen Wählern einigermaßen zu verschleiern.

Käppler (Soz.) trat den Verschleppungsmanövern der Rechten in ausführlicher und energischer Rede entgegen. Er erklärte, daß die Sicherstellung der Brotversorgung durch die freie Wirtschaft auf keinen Fall erfolgen könne, daß man vielmehr auf diese Weise

einer Katastrophe zusteuere.

Es handle sich darum, ob es außer der Umlage noch einen anderen Weg gebe. Ein solcher sei aber nicht zu sehen. Der Weg, den die Gegner der Umlage gingen, führe zur Hungersnot. Fällt die Vorlage, muß die Auflösung kommen. Die Frauen werden sich dann gegenüber ihrer Haltung am 20. Juni 1920 eines besseren besinnen.

Böhme (Dem.) spricht den Wunsch nach Verständigung aus. Seine Partei behalte sich volle Freiheit gegenüber der Regierungsvorlage vor und werde ihr nur zustimmen, wenn ihre Bedingungen erfüllt würden. Sie würde also mitarbeiten und sich ihre Entscheidung für den Zeitpunkt vorbehalten, in dem die Gestaltung des Ganzen zu übersehen sein werde. Der Redner begründete sodann ausführlich seinen Antrag, der dahin geht, die kleineren Flächen bis zehn Hektar freizulassen, bei den Flächen bis fünfzig Hektar zehn Hektar nicht in Anrechnung zu bringen, die größeren Flächen aber voll zu erfassen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat beantragt, die zu erfassende Menge von 2½ Millionen Tonnen auf 4½ Millionen Tonnen zu erhöhen und nicht nur die mit Getreide bebauten Flächen, sondern die gesamten landwirtschaftlichen Flächen zu erfassen.

Von den Deutschnationalen ist ein Eventualantrag eingelaufen, falls der Antrag auf Ablehnung des § 1 und damit der gesamten Umlage abgelehnt werden sollte, die Umlage von 2½ auf 1½ Millionen Tonnen zu ermäßigen.

Dr. Hertz (U. Soz.) wendet sich scharf gegen die Obstruktionsversuche der Rechten, deren Abgeordnete sich nur als Landwirte gebärdeten und vergessen, daß sie nur

als Vertreter des ganzen Volkes gewählt

seien. Sie fürchten den Appell ans Volk, weil sie wissen, daß sich das Volk gegen sie entscheiden würde. Dem Grundgedanken des demokratischen Antrages, die Verteilung anders zu regeln, sei zuzustimmen. Die Kleinen müßten geschont, die Großen stärker belastet werden. Ueber die Preisfrage muß Klarheit geschaffen werden. Ohne das sei die Zustimmung der Unabhängigen zur Vorlage nicht zu haben. Der Redner warnt das Zentrum davor, ein Kompromiß mit der Volkspartei zu suchen. Dadurch würde die Möglichkeit, eine Mehrheit nach links zu schaffen, vernichtet werden.

Reichsernährungsminister Fehr: Nicht Freude an der Zwangswirtschaft, sondern Not veranlaßt uns, an der öffentlichen Bewirtschaftung in beschränktem Umfange festzuhalten. Grundsätzlich ist die freie Wirtschaft zur Förderung der Produktion am besten geeignet. Die Produktion braucht zu ihrer Förderung aber

nicht nur Freiheit, sondern auch Ruhe und Ordnung,

und darum ist für die volle Freiheit der Zeitpunkt noch nicht gekommen, sondern eine beschränkte öffentliche Bewirtschaftung notwendig. Wer für die Umlage ist, ist daher kein Gegner der Landwirtschaft. Der Sprung in die freie Wirtschaft ist jetzt nicht möglich, darüber kann es gar keinen Streit geben. Es ist zu verurteilen, wenn der Regierung zum Vorwurf gemacht wird, sie halte aus Furcht vor der Strafe an der Umlage fest. Schon durch die Freigabe der Wirtschaft, soweit sie erfolgt ist, sind breite Volksschichten ins Elend gekommen. Die Not des Volkes fordert Festhalten an der Umlage. Bekommen wir die Umlage nicht, dann bekommen wir Auslandspreise für Brot. Dafür kann die Reichsregierung die Verantwortung nicht übernehmen.

Um ¼ nach 1 Uhr schlug der Vorsitzende Vertagung vor. Es sind noch drei Redner zur Generaldebatte gemeldet. Die Sozialdemokraten forderten energisch rasche Arbeit und widersprachen der Vertagung, die trotzdem gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Unabhängigen beschlossen wird. Es folgt eine sehr lebhafte Geschäftsordnungsdebatte, in der auch der Reichsernährungsminister Fehr seinem Bedauern über die Verzögerung der Ausschußarbeiten Ausdruck gibt.

Landbündlerdreistigkeit.

Es ist ein schwieriges Geschäft, zugleich den unbegrenzten Brotwucher zu fordern und dabei seine Anhänger aus Verbraucherkreisen bei guter Laune zu erhalten. Das sehen die Landbündler ein, deshalb muß sich einer ihrer Parlamentarier, Herr Dr. Kaufhold, die Finger blutig schreiben, um den städtischen deutschnationalen Wählern Sand in die Augen zu streuen. Dr. Kaufhold weiß als erfahrener Demagoge, daß er bei den deutschnationalen Verbrauchern mit dem agrarischen Profitgeschrei keinen Eindruck erzielen wird. Deshalb vergießt er Krokodilstränen über die gestiegenen Kosten der Lebenshaltung, um dann mit heuchlerischem Pathos fortzufahren:

Die verantwortliche Reichsregierung **steht den Dingen tatenlos gegenüber, sie rührt keine Hand und ergreift keine Maßnahmen,** um der Teuerung abzuhelfen.

Dies in dem Augenblick, wo die Reichsregierung um die neue Umlage kämpft, die von den Agrariern auf jede Weise sabotiert wird! Es geht doch nichts über einen tüchtigen Schuß Dreistigkeit. Herr Dr. Kaufhold hat aber auch einen guten Gedanken. So schreibt er bei Aufzählung der Gründe für die heutige Not:

Die Arbeitslöhne und Gehälter der handarbeitenden Bevölkerung und der Festbesoldeten sind der Geldentwertung entsprechend nicht gestiegen. Wir haben vielfach **Weltmarktpreise,** aber noch **kein Weltmarktlöhne!**

Hoffentlich ist sich Herr Dr. Kaufhold auch über die Konsequenzen dieses Satzes klar. Der Satz bedeutet, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten, wenn die Agrarier ihre Erzeugnisse auf Weltmarktpreise hinauftreiben, gar nicht mehr anders können, als Weltmarktlöhne zu fordern.

Erhöhung der Beamtenbezüge.

Die gestern bei den Verhandlungen zwischen Regierung und Spitzenorganisationen erzielte Einigung sieht, wie die „Telegraphen-Union" hört, eine Erhöhung des Teuerungszuschlages um 40 Proz. vor. Während also bisher auf die ersten 10 000 M. 120 Proz. Zuschlag gewährt wurden, erhöht sich dieser Betrag nunmehr auf 160 Proz. Für die weiteren Beträge über 10 000 M. tritt eine Erhöhung des Zuschlages von 65 Proz. auf 105 Proz. ein.

Dollar 320!

Der Devisenmarkt wurde durch die gestern von verschiedenen Zeitungen verbreiteten Meldungen über eine angeblich sehr pessimistische Beurteilung der Aussichten des Markkurses in Regierungskreisen ernstlich beunruhigt. Daran vermochte ein inzwischen veröffentlichtes Dementi nichts zu ändern. Infolgedessen überwog wieder die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln. Der Dollar wurde um die Mittagsstunde mit 320 gesucht. Auch am Markte der österreichischen Noten machte die Aufwärtsbewegung weitere Fortschritte. Die österreichische Krone wurde mit 2,45 gehandelt. Am Effektenmarkte herrschte infolge der wachsenden Geldknappheit vollkommene Geschäftsstille bei abbröckelnden Kursen.

Absage an die Kommunisten.

Die USP. wird energisch.

Die kommunistische Parteizentrale richtete kürzlich wieder einmal einen langen „Offenen Brief" an unsere Partei sowohl wie an die Unabhängigen, in dem sie zu gemeinsamen „Aktionen gegen die Reaktion" aufforderte. Die Zentrale der USP. hat darauf jetzt in einem längeren Schreiben geantwortet und zwar in so deutlicher Weise, daß wir wünschten, sie hätte sich immer so entschieden gegen die kommunistischen Rattenfänger ausgesprochen. In der Antwort heißt es u. a.:

Diese Frage richten Sie an uns, während zu gleicher Zeit in Moskau Führer Ihrer Organisation durch fortgesetzte Wortbrüche aller Welt den Beweis liefern, daß Ihnen Vereinbarungen mit anderen Arbeiterparteien das Papier nicht wert sind, auf dem sie geschrieben stehen . . .

Sie wünschen sich mit unserer Organisation über ein gemeinsames Handeln gegen die Reaktion zu unterhalten und geben Ihren Organisationen zu gleicher Zeit Anweisungen, Versammlungen zu sprengen, die von unserer Organisation einberufen werden. Sie erblicken offenbar in dem systematischen Versammlungsterror Ihrer Beauftragten gegen unsere und andere Arbeiterorganisationen ein geeignetes Mittel, die Arbeiterorganisationen zu einem gemeinsamen Handeln gegen die Reaktion zusammenzuführen.

Das Schreiben der USP. versichert weiter, es hätte bis vor kurzem der Anschein bestanden, als ob bei den Führern der KPD. eine bessere Einsicht gesiegt hätte:

Leider ist diese bessere Einsicht gegenwärtig wieder vollkommen verdrängt worden durch die von Moskau erneut angeordnete Taktik des wüstesten Kampfes nicht gegen die Reaktion, sondern gegen andere Arbeiterorganisationen. Aus allen diesen Tatsachen können Sie die Antwort auf Ihre Frage selbst finden, nämlich, daß es nicht möglich ist, mit Ihrer Organisation gemeinsame Handlungen gegen die Reaktion herbeizuführen. . . Alle Ihre Parolen und Briefe entstehen aus Ihrer hinterhältigen Absicht heraus, andere Arbeiterorganisationen nicht als Bundesgenossen zu gewinnen, sondern zu zertrümmern und als Verräterorganisationen zu verleumden und zu beschimpfen. . . Wir sind überzeugt davon, daß auch die Arbeiter, die heute noch in der kommunistischen Bewegung stehen, über kurz oder lang erkennen werden, daß die Taten der kommunistischen Führer der Reaktion nützen und die proletarische Bewegung schädigen. . .

Das sind sicher sehr mannhafte Worte, von denen man wünschen möchte, daß sie nicht bei nächster Gelegenheit wieder vergessen sind. Allerdings sorgt schon die Redaktion der „Freiheit", in der wir diesen Brief abgedruckt finden, für die notwendige heitere Abwechslung. In unmittelbarem Anschluß an den Absagebrief veröffentlicht sie eine Zuschrift angeblich aus der Feder eines rechtssozialistischen Arbeiters, der sich über das „Versagen der SPD gegen den Brotwucher" beschwert und bittet, daß „die USP. und KPD. den Gedanken der Demonstration nicht aufgibt, sondern im Gegenteil mit aller Macht in ganz Deutschland gegen den Wucher die Massen aufruft". Der Brief hat wochenlang im Uebersatz der „Freiheit" gestanden und wird ausgerechnet jetzt veröffentlicht, wo die Sozialdemokratie im Vordergrund des Kampfes gegen den Brotwucher steht!

Bei den Unabhängigen weiß augenscheinlich die rechte Hand nicht, was die linke tut. Während die Zentralleitung ein Zusammengehen mit den Kommunisten für rücksichtslos ablehnt, fordert das Zentralorgan unmittelbar darauf zu gemeinsamen Demonstrationen auf, die sich natürlich auch gegen die Sozialdemokratie richten sollen! Es geht nichts über eine prinzipienfeste Redaktion. Sie überschreibt eine polemische Notiz gegen die „Sozialistische Korrespondenz" mit den Worten: „Heute so, morgen anders." Die „Freiheit" übertrumpft alles: Sie kann auf derselben Seite so und anders!

Verfrühter Siegesjubel.

Die reaktionäre Presse erzählt von einem „bürgerlichen Sieg" in Sachsen, weil es den bürgerlichen Parteien gelungen ist, die 10 Proz. der Wahlberechtigten, die zur Herbeiführung eines Volksbegehrens notwendig sind, nicht nur auf die Beine zu bringen, sondern noch einen ansehnlichen Ueberschuß zu erzielen. In Wirklichkeit ist der Siegesjubel reichlich verfrüht. Daß es den bürgerlichen Parteien, die bei der letzten Wahl zusammen 48 Proz. der abgegebenen Stimmen aufgebracht haben, möglich sein würde, in einer mehrtägigen Einzeichnungszeit mindestens 10 Proz. der Wahlberechtigten zur Einzeichnung zu bewegen, hat kaum ein Mensch bezweifelt. Wenn aber die Bürgerlichen einen großen Erfolg darin sehen, daß es sogar 30 Proz., nämlich rund 82 000 Stimmen, geworden sind, so muß gerade das für ihre Aussichten bei dem wirklichen Volksbegehren selber zweifelhaft wirken. Denn offenbar haben die bürgerlichen Parteien alles zur Einzeichnung geschleppt, was sie nur irgend heranbringen konnten. Um im Volksbegehren zu siegen, müssen sie aber mindestens 50 Proz. der Wahlberechtigten zur Abstimmung bringen. Daran fehlen ihnen

noch volle 20 Proz., etwa 600 000 Stimmen. Nachdem sie eine große Kräfteanspannung erst auf 30 Proz. gebracht hat, scheint es zum mindesten sehr fraglich, ob sie noch über genügende Reserven verfügen, um die fehlenden 20 Proz. voll zu machen. Jedenfalls liegt zum Siegesjubel bei ihnen noch nicht der geringste Anlaß vor.

Die Monarchie ist gerettet!

Die Verbrecherwelt für Militärmusik und Altpreußentum.

In der monarchistischen „D. A. Z." schilderte kürzlich ein Mitarbeiter einen Kaschemmenausflug. Dabei entwarf er folgendes Genrebild:

> Von einer kleinen Männergruppe steht einer umringt, der aus den Westentaschen goldene Uhren und goldene Ringe zieht, eine nach der anderen. In einer Ecke kramt einer — umringt wieder von einer Sondergruppe — in einem Sack voller Stiefel. Und es wird geraunt, geschwatzt, geschrien, gehandelt, wie in jeder anderen Börse. Nur daß hier die Stimmen des verdächtigen Geschäfts stark eingedämmt werden durch Schmettermusik: „Gloria — Viktoria — mit Herz und Hand — die Vöglein im Walde"

Uebrigens ist die Tatsache, daß **gerade hier die alten Militärmarschlieder** gespielt werden, **typisch für das Milieu. Es ist völlig falsch zu denken: Diese Verbrechergilde sei bolschewistisch gesinnt oder auch nur republikanisch.**

Na also! Da sage noch einer, daß die Monarchie im deutschen Volke nicht eingewurzelt sei. Uebrigens war das schon immer so: Es gab auch zu Wilhelms Glanzzeiten keine Animierkneipe, in der nicht sein martialisches Bild von der Wand strahlte.

Aber wird nun die Rechtspresse endlich aufhören, ihre überzeugtesten Anhänger zu verunglimpfen, indem sie fortgesetzt Sozialisten und Verbrecher zu identifizieren sucht?!

Die Reichswehr im Auto.

Zu dem Reichswehrausflug auf den Fichtelberg in 15 Personenautomobilen, worüber wir in der Dienstag-Nachmittagsausgabe berichteten, wird uns von sachkundiger Seite geschrieben:

Es mag vielleicht wundernehmen, woher die Reichswehr über einen so starken Bestand an Personenautomobilen verfügt. Tatsächlich besitzt aber heute jeder Wehrkreiskommandeur mindestens ein Personenauto, obwohl man im Etat der Reichswehr vergebens nach den Summen für Anschaffung und Erhaltung dieser Automobile suchen wird. Geht man der Sache nach, so erfährt man, daß diese Autos von den Kraftfahrtruppen gestellt werden. Diese Kraftfahrtruppen sollen zwar nur Lastautomobile besitzen, aber sie scheinen merkwürdigerweise überschüssiges Geld zu haben, von dem Personenautos angeschafft und den Stäben zur Verfügung gestellt werden. Ein seltsamer und obendrein etatswidriger Luxus, über den merkwürdigerweise die Kreise sich am wenigsten erregen, die in dem Automobil eines republikanischen Ministers eine unerhörte Verschwendung erblicken.

Uebrigens wäre es interessant, zu erfahren, was der Chef der Heeresleitung, Herr General v. Seeckt, über die Fichtelbergreise denkt.

•

Aus Potsdam wird uns berichtet:

In Potsdam fand gestern ein Jägertag auf dem Jägerschießstande statt mit anschließendem Preisschießen. Durch besonderen Schutz des Reichswehrinfanterieregiments Nr. 9 wurden die Schießstände gesichert und abgesperrt. Der ganze Stand war mit schwarzweißroten Fahnen geschmückt. Für die aus dem Reiche erschienenen Schützen hatte das Infanterieregiment 9 die Feldküchen hergegeben.

Am Sonnabend findet der „Germanentag" in Potsdam statt. In großen Plakaten kündet der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund an, daß der Zug sich um 4 Uhr im Lustgarten unter Vorantritt der **Potsdamer Militärkapelle** in Bewegung setzt. Der Rütlischwur auf dem Brauhausberg nachts um 12 Uhr wird gleichfalls unter Mitwirkung der **Militärkapelle** vor sich gehen. Junker Jürgen v. Ramin (Anhänger der Richtung Knüppel-Kunze) hält die Festrede.

Verteidigung des politischen Mordes.

In München erscheint, worauf wir schon einmal hinwiesen, eine Zeitschrift „Der Wicking", die von den Leuten der Organisation C. herausgegeben und geleitet wird. Diese Zeitschrift legt nun bei Besprechnug des Killingerprozesses in ihrer Nr. 9 folgendes offene Geständnis ab:

> Derartige politische Terrorakte, wie der Mord an Erzberger einen darstellt, entsprechen in keiner Weise einer einseitigen Verhetzung von rechts. Wenn diese Erscheinungen auch bedauerlich sind, so fällt die Schuld nicht auf den Täter zurück, sondern auf die Allgemeinheit, die es zuläßt, daß derartige zweifelhafte Persönlichkeiten in den Besitz von Macht gelangen können . . . Solange die Parteimoral und das öffentliche Urteil in dieser Weise versagt, **stellen politische Morde Notwehrakte dar, die zwar bedauerlich, aber verständlich sind.**

An anderer Stelle wird allerdings höhnisch erklärt, daß durch den Mord „Erzberger dem Tode innerer Verfettung entrissen" wurde. Er ist also nur aus Nächstenliebe gemeuchelt worden! Jedenfalls bedeuten die oben zitierten Zeilen ein unzweideutiges Bekenntnis zum politischen Mord, das man sich merken muß.

Amerika und Deutschland.

Teilweise Rückgabe des deutschen Eigentums.

New York, 21. Juni. (WTB.-Funkspruch.) Wie aus Washington verlautet, wird im Weißen Hause mit Hardings Zustimmung ein Gesetz vorbereitet, wonach ungefähr 30 000 Deutschen und Oesterreichern ihr während des Krieges beschlagnahmtes Eigentum zurückgegeben wird, soweit sein Wert 10 000 Dollar oder weniger beträgt. Diesem Plane gemäß würden ungefähr 30 Millionen Dollar zurückerstattet werden. Von annähernd 14 000 Vermögen sonderte der Kurator des feindlichen Eigentums diejenigen aus, deren Wert über 10 000 Dollar beträgt; bezüglich dieser wird die Bill eine Teilrückgabe empfehlen, soweit Gerechtigkeit und Notwendigkeit diesen Schritt erheischen.

Harding, so heißt es, ist der Ansicht, daß die amerikanische Regierung niemals Privatbesitz beschlagnahmen sollte, um darauf Ansprüche an fremde Regierungen zu begründen. Die Freigabe alles dessen aber, was der Kurator in Händen hat und die Rückgabe dieses Eigentums an die früheren Eigentümer sei gegenwärtig unmöglich, weil der Umstand, daß die amerikanische Regierung diesen Besitz in Händen hat, eine gewisse Gewähr dafür bietet, daß diejenigen Amerikaner, deren Eigentum von den Deutschen und anderen feindlichen Nationen weggenommen wurde, Entschädigung erhalten.

Abrüstung in Amerika.

Washington, 21. Juni. (EP.) Der Senat hat gestern das Marinegesetz angenommen, wodurch der Kredit für die Kriegsmarine für das nächste Rechnungsjahr auf 295 450 000 Dollar festgesetzt wird. Die Mannschaftsstärke der Marine wird auf 86000 Köpfe herabgesetzt. Im letzten Jahr war für die Marine ein Kredit von 764 548 000 Dollar gewährt worden. Das diesjährige Marinebudget ist das geringste, das seit dem Schluß des Krieges vom Senat angenommen wurde.

•

London, 21. Juni. (EP.) Das Oberhaus hat in zwei Lesungen einen Gesetzentwurf angenommen, wodurch der Vertrag von Washington über die Flottenabrüstung ratifiziert wird. Lord Lee, der den Entwurf verteidigte, erklärte im Verlaufe der Diskussion, daß er die Haltung Frankreichs in der Unterseebootfrage nicht verstehen könne.

Die französische Heeresvorlage.

Paris, 21. Juni. (WTB.) Bei der gestern fortgesetzten Beratung über das Militärdienstpflichtgesetz wurde in der Kammer ein Amendement des Abg. De Montsoie mit 289 gegen 257 Stimmen abgelehnt, wonach das Militärdienstpflichtgesetz alle fünf Jahre nachgeprüft und gegebenenfalls im Rahmen der Bedürfnisse der nationalen Verteidigung abgeändert werden sollte. Heute liegt ein Amendement André Lefèvres vor, die Dienstzeit auf 2 Jahre festzusetzen.

Verfassungssieg in Irland.

London, 21. Juni. (EE.) Bis gestern abend waren 109 Ergebnisse der irischen Wahlen bekannt. Bisher sind 51 Anhänger des englisch-irischen Vertrages gewählt, ferner 31 Republikaner, 14 Kandidaten der Arbeiterpartei, 10 Unabhängige und 3 Vertreter der Landwirtschaftspartei. 19 Ergebnisse liegen noch nicht vor. Die Republikaner haben eine äußerst schwere Niederlage erlitten. Weder die Gräfin Markiewicz, die im letzten Sinnfeinerkabinett Minister war, ist wiedergewählt worden, noch Frau Clarke, deren Gatte während des Sinnfeineraufstandes von 1916 hingerichtet worden war. Dagegen wurde die Witwe des früheren Bürgermeisters von Limerick, deren Gatte ermordet worden war, in Limerick gewählt, ferner die Schwester des früheren Bürgermeisters von Cork, Mac Swineys.

Englands Arbeitslose.

London, 21. Juni. (EP.) Nach einer Statistik des Arbeitsministeriums wurden am 18. Juni in England 1443000 Arbeitslose unterstützt, d. h. 5000 mehr als in der Vorwoche. Die Statistik umfaßt keineswegs die teilweise Arbeitslosen und auch nicht diejenigen Arbeitslosen, die keinen Anspruch auf Unterstützung haben. Lloyd George empfing gestern in Downingstreet eine Abordnung von 226 Vertretern der englischen Gemeindebehörden, die von der Regierung verlangten, die Lasten zu erleichtern, die ihnen durch die Arbeitslosenunterstützungen erwachsen. Mehrere Gemeindevorstände erklärten, daß ihre Gemeinden durch die großen Zahlungen, die sie für die Arbeitslosenunterstützungen machen müßten, zahlungsunfähig geworden sind. Lloyd George versprach, daß er das Gesuch dem Finanzminister unterbreiten werde.

Der Anschlußwille in Oesterreich.

Wien, 21. Juni. (WTB.) In der gestrigen Sitzung des Verbandes der großdeutschen Abgeordneten schloß, wie die Blätter melden, Präsident Dinghofer einen Bericht über die Lage Oesterreichs mit der Feststellung, daß mangels der wirtschaftlichen Voraussetzungen auch der neue Finanzplan keine dauernde Lösung bringen könne. Entweder, sagte Dinghofer, bringt der Völkerbund die in ihm vertretenen Regierungen dahin, daß sie auf mindestens zwei Jahre dauernde Zuschüsse monatlich zu leisten sich verpflichten, oder es bleibt schließlich doch nichts anderes übrig, als daß die österreichische Regierung dem wiederholt einmütig ausgesprochenen Wunsche der Bevölkerung sowie aller drei Parteien der Nationalversammlung entsprechend an die Reichsregierung mit dem Ersuchen herantritt, Oesterreich in das Deutsche Reich aufzunehmen. Wir sind uns dabei sehr wohl der großen Lasten bewußt, welche die Uebernahme unseres Landes für das Deutsche Reich bedeuten würde, wir wissen auch, daß unser künftiges Leben im Deutschen Reiche von schweren Sorgen getrübt wäre. Aber wir sehen darin die einzige Möglichkeit, unser wirtschaftliches Leben überhaupt aufrechterhalten zu können und den europäischen und kulturellen Charakter Wiens und Oesterreichs zu retten.

Deutschland und der Völkerbund. „Daily News" tritt in einem längeren Artikel für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ein. Deutschland könne keine Schritte unternehmen, bevor es nicht die Gewißheit habe, daß es im Völkerbund willkommen sei. Es sei an der Zeit, daß England der französischen und der deutschen Regierung zum Ausdruck bringe, daß es einem Antrag von deutscher Seite jede mögliche Unterstützung gewähren werde.

Erzberger-Mörder und DHV. In dem Bericht über den Killinger-Prozeß war in einer Zeugenaussage bemerkt, daß aus aufgefundenen Papierschnitzeln die Mitgliedskarte des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, lautend auf den Namen Schulz, zusammengestellt worden sei. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband legt in einer Zuschrift an uns Wert auf die Feststellung, daß der Erzberger-Mörder Schulz niemals sein Mitglied war und daß die Mitgliedskarte auf einen anderen Handlungsgehilfenverband deutete.

Eine absterbende Kunst.

Eine absterbende Kunst ist offenbar die der Feuerwerker. Wohl werden im Sommer noch hie und da Feuerwerke abgebrannt, aber sie verhalten sich zu den in früheren Zeiten gezeigten wie Kinderspielereien zu den großartig angelegten Unternehmungen. Es scheint, daß die dichte Bebauung der Großstädte jetzt diesen Veranstaltungen hinderlich ist. Noch in den sechziger und siebziger Jahren konnte man in den großen Sommergärten der Berliner Vororte, auf dem Gesundbrunnen usw. Feuerwerke größten Stils bewundern. Das letzte große Feuerwerk, das ich sah, ward anläßlich des 900jährigen Jubiläums der Wettiner 1889 in Dresden vor einem vieltausendköpfigen Publikum abgebrannt. Die ausführenden Pyrotechniker, die aus Italien verschrieben waren, erhielten die damals ungeheuerlich groß geltende Summe von 30 000 M. für das Schauspiel.

Als pyrotechnische Kunstwerke waren wohl die in Wien veranstalteten Feuerwerke von Stuwer anzusehen. Die Feuerwerker-Dynastie Stuwer hat über ein Jahrhundert hindurch die pyrotechnische Kunst in Wien betrieben, die freilich schon vor den Stuwers glänzende Vertriebe in der Donaustadt hatte. Die Italiener und Südfranzosen haben die Feuerwerkskunst zur Blüte gebracht. Im Jahre 1777 erhielt Johann Georg Stuwer, ein eingewanderter Bayer, von Kaiser Franz Josef II. einen Platz für Feuerwerke angewiesen, und seitdem gehörten die Feuerwerke über ein Jahrhundert hindurch zu den Lieblingsvergnügen der Wiener. Eine Zeitlang erwuchsen dem Stuwer in den beiden Italienern Mellena und Girandolini sehr begabte Konkurrenten. Wie diese ihre Kunst verstanden, beweist ein „Feuerwerkszettel" vom 22. Juni 1781, worin Joseph Mellena ein Feuerwerk mit dem Titel „Werthers Zusammenkunft mit Lottchen im Elysium" ankündigt.

Als das imposanteste Feuerwerk aber, das Stuwer im Prater abbrannte, wird das bezeichnet, das aus Anlaß des Kongresses am 29. September 1814 stattfand. Das Programm dieses historischen Feuerwerks lautete folgendermaßen: 1. Ein Blick in die Zukunft. (Heiterer Himmel, das Firmament mit unzähligen Sternen bedeckt, Gott Mars, auf trüben Wolken fliehend, im Hintergrund.) 2. Die prophetischen Gestirne. (Fixsterne mit Emblemen, den Frieden über dem Erdenrund festhaltend.) 3. Das Höchste des Lebens: Zufriedenheit und Eintracht, sinnbildlich gezeichnet. 4. Der Zirkel der Freude (fröhliche Ackerleute und Winzer, Künste und Wissenschaften im höheren Fluge, Füllhörner verbreitend über die Industrie). 5. Europas Völkerdank (Deutsche, Russen, Engländer, Spanier, Portugiesen, Holländer, Italiener, Ungarn, Polen huldigend am Altar des Friedens ihren Errettern und Beglückern). 6. Der Gürtel der Eintracht fest verschlungen, alle **Monarchen und Völker in einem Rosenbande.**

Besonderer Berühmtheit erfreuten sich Jahrzehnte hindurch die Feuerwerke am Annentage (26. Juli) im Wiener Prater. Wiederholt wohnten namhafte Reisende ihnen bei und schildern sie in Briefen und Tagebüchern. So der alte Zelter, der vom 27. Juli 1819 seinem Freund Goethe darüber schreibt: „Gestern war die günstigste Witterung von der Welt: Es hatte abgeregnet und war kein Staub, kein Abendnebel, kein Lüftchen und ein dunkelblauer Abendhimmel. Die Raketen gingen schnurgerade in die Höhe, und alles geriet aufs beste. Zwei Hauptdekorationen waren, die erste zu Ehren der schönen Frauen und die letzte mit dem Namen der heiligen Anna geziert. Die Sache hatte etwas Großes, was bey einem Feuerwerke nicht leicht erreicht wird, wegen der Unendlichkeit des Raumes, den die Nacht hervorbringt. Das Gerüst, welches immer zu diesem Gebrauche feststeht, ist zwischen 80 bis 90 Fuß hoch und etwa 160 bis 180 lang. Die Logen um dies Gerüst her dreymal erhöht, in deren Mitte die kaiserliche Loge sich erhebt, fassen leicht 1000 und mehr Sitzende. Dazwischen das Parterre konnte wohl, denn es stand Kopf an Kopf, 30 000 Zuschauer halten." E. I.

„Der Bigamist" von Otto Ernst Hesse. Das Düsseldorfer Schauspielhaus will seiner Tradition, jungen Dichtern Fürsprecher zu sein, auch noch in den Stunden treu sein, wo leise Sterbeluft bereits durch seine Ränge weht. So brachte es die Uraufführung der Komödie in sieben Bildern von Otto Ernst Hesse „Der Bigamist" unter Direktor Gustav Lindemanns sorgsamer Regie heraus und erntete damit unbestrittenen Erfolg. Das Stück ist eine derbe, saftige Kleinstadt-Idylle, die, im Jahre 1650 bei Nürnberg spielend, in diesem Zeitmilieu voll Geradheit und Unverblümtheit sogar innere Berechtigung für ihren Stil hat. Der Kreisrat von Nürnberg erläßt eine Mahnung und Erlaubnis, daß zur Abhilfe für den schweren Verlust des deutschen Landes im Dreißigjährigen Krieg jeder Mann zwei Frauen ehelichen dürfe. Und der Seilermeister Wohlgemuth heiratet nun Zwillingsschwestern, die Ursel und die Aenne. Das Ding geht bis zur Hochzeit gut. Der Verfasser geht mit Temperament und Verve ans Werk, so daß die drei ersten Bilder seiner Komödie auf zwei gesunden Beinen lustig ins Thema hineinmarschieren. Dann aber nach der Ehe verlegt sich Hesse aufs Spintisieren und Grübeln und nimmt die Sache ernster, als sie nach dem ulkigen Anfang genommen werden darf. Beide Frauen sind guter Hoffnung, und nun sitzen sie zusammen am Kamin, und ihr gemeinsames, schweres Los des Wartens auf die neuen Menschen führt ihre Herzen eng zusammen. Sie vergessen alle Eifersucht, alle weiblichen Eitelkeiten und werden eins im Muttergedanken. Bleibt der schwerblütige Ehemann, der die eine „lieb" und die andere nur „gern" hat und aus dieser Gewissensqual keinen Ausweg sieht. Die Frauen zeigen ihn ihm auf drastische Weise: sie fahren ihm ihre beiden Wiegen, die eine zur Linken, die andere zur Rechten und tragen ihm die Zukunft der beiden Stammhalter als Lebensaufgabe auf. Lachend stimmt er ihnen zu. Es geht eine Zweiteilung durch das Werk, der zweite tragische Teil erdrückt den leichten ersten. Alles in allem aber **bedeutet das Werk eine Bereicherung unserer deutschen Bühne mit einer wirksamen, gesunden und urwüchsigen Komödie.** ha.

Die Freiheiten der Zensurlosigkeit. Daß die Revolution die Theaterzensur weggeblasen hat, soll uns nicht gram sein, auch wenn die neue Freiheit manchmal mißbraucht wird. Wir haben eine Reihe von Theatern in Berlin, die ein wenig auf Leute spekulieren, die auf erotische Titel hereinfallen, und auf andere, die gern etwas Halbausgezogenes sehen. Die durch die herkömmliche Moral erzwungene Aechtung des Nackten rächt sich. Das Publikum ist nicht erzogen zur reinen ästhetischen Freude an der Nacktheit, es liebt das Halbverhüllte, das Andeutende und — Lüsterne. Gesunder Sinnlichkeit zieht es vielfach die Reizungen des Kitzels vor. Die Theater sind nur ein Spiegelbild des Publikumsgeschmacks. Solange das Publikum sich durch Titel: „Doppelt besetzt" oder „Besuch im Bett" anlocken läßt, wird das „Intime Theater" diese französische Ware weiter importieren. Schließlich werden aber auch die (geistigen) Provinzler dahinter kommen, daß sie einigermaßen geneppt werden. Und die Unternehmer der leichten Amusements werden genötigt sein, selber eine Geschmackszensur einzuführen. Das Stückchen „Lauf doch nicht immer nackt herum" hat es bereits auf 175 Aufführungen gebracht. Das Gericht hatte sich damit zu befassen, ob es gegen irgendeinen Paragraphen verstößt. Gewiß nicht. Aber es beleidigt jeden Geschmack, weil es gar zu blödsinnig ist. Und an Pikanterie bietet es gar zu wenig. Nun wird Direktor Heppner mit einem gewissen Recht einwenden: Weist mir Besseres in diesem Genre nach und ich will es spielen.

Geschmackszensur sollte auch das „Neue Operettenhaus" in Schöneberg üben. Das „Stallparfüm" ist, selbst unter dem Gesichtspunkte des starken Tobaks betrachtet, zu grob und plump. Gegen die Tänze der Billany und ihrer Truppe ist — selbst wo sie nackt hinter einem durchsichtigen Vorhang auftritt — nichts anderes einzuwenden, als daß sie auf die Dauer ermüden. Senta Söneland unterhält um so besser. In der unmöglichen Affäre, in der sie auftritt: „Herr Hoheit — Frau Hirsch", entwickelt sie soviel ausgelassenen Ulk, urwüchsige Derbheit, zeigt sie ihre karikaturistische Note so stark, daß alles quietschvergnügt wird. —r.

Das Marienkäferchen. Es gibt bekanntlich nicht nur Schädlinge, sondern auch Nützlinge in der Insektenwelt. Unter den Nützlingen ist das Marienkäferchen (auch Siebenpunkt, Sonnenkälbchen, Gottesschäfchen usw. genannt) als Vertilger der Blattläuse bekannt. Noch gefräßiger ist seine Larve, die wegen ihres häßlichen Aussehens leider oft vernichtet wird. Sie verwandelt sich in eine hängende, schwarz und rot gefärbte Puppe, aus der nach etwa acht Tagen der Käfer ausschlüpft. In günstigen Jahren erstehen auf diese Weise drei Generationen. Das allgemein beliebte Käferchen ist also des Schutzes, der ihm wird, tatsächlich würdig.

Das nächste städt. Volkskonzert des Blüthner-Orchesters findet am Freitag abends 8 Uhr in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10/11 unter Leitung von Camillo Hildebrand statt. Programm: Wagner-Abend.

An der Volksbühne wird Carlheinz Martin in der nächsten Spielzeit als Gastregisseur tätig sein. Er inszeniert zunächst Ibsens „Kronprätendenten".

Eine Million für ein Filmmanuskript. Einen Preis von einer Million Mark hat Universal-Film, New York, für das beste Manuskript zu dem Titel „Lieb mich und die Welt ist mein" ausgesetzt.

Gegen den Brotwucher!

Massen-Versammlungen

am Freitag, abends 7 Uhr. Niemand darf fehlen!

Im Hause des Gehängten ...

Wir wiesen bereits darauf hin, daß die „Rote Fahne" den Teil der Aussage Frossards im Moskauer Prozeß im Fettdruck hervorhob, der sich auf die Mission Albert Thomas' in Rußland im Frühjahr 1917 bezog, obwohl sich dabei jedem politisch Kundigen die Frage aufdrängen mußte, ob denn der jetzige französische Kommunistenführer Marcel Cachin damals etwas anderes getan hätte, als ebenfalls Propaganda für die Fortsetzung des Krieges und für die Kerensky-Offensive zu machen.

Die Pariser „Humanité" hat über die Aussagen Frossards den gleichen sowjetamtlichen Bericht erhalten und veröffentlicht wie die Berliner „Rote Fahne". Aber siehe da! Gerade die Stelle, die dem deutschen Kommunistenblatt so wichtig erschien, daß sie im Fettdruck hervorgehoben wurde, fehlt gänzlich in dem französischen Bolschewistenorgan! Die Redakteure der „Humanité" haben sich offenbar die Sache etwas genauer überlegt als ihre Berliner Kollegen. Sie haben sofort erkannt, daß das Thema der Ententepropaganda für die Kerensky-Offensive etwas brenzlich ist. Wozu hat man sonst als Chefredakteur — Marcel Cachin?

•

Ueber die Aussagen Frossards meldet WTB. aus Moskau mit einiger Verspätung u. a. noch folgendes:

Auf eine Aufforderung des öffentlichen Anklägers Krylenko, die heutige französische Regierung und ihre Sozialpolitik gegenüber den Arbeitern und Bauern zu charakterisieren, erklärte Frossard:

Die jetzige französische Regierung ist das Maximum von Grausamkeit bei der Unterdrückung der Arbeiterbewegung. Sie sei die reaktionärste und schlechteste Regierung Frankreichs seit fünfzig Jahren. Clemenceau sei berüchtigt wegen des Blutbades, das er während seiner Ministerpräsidentschaft 1906 bis 1909 unter den Arbeitern angerichtet habe. Diese Politik der blutigen Rache kennzeichne seine Haltung 1917 bis 1919. Der jetzige Präsident der Republik Poincaré sei einer der Hauptschuldigen am Kriege. Die französische Regierung habe sich immer dadurch hervorgetan, daß sie keinerlei Verständnis für die Not der Arbeiter gezeigt und lediglich imperialistische Tendenzen vertreten habe. Von allen bürgerlichen Regierungen der Welt sei die französische die allernichtswürdigste. Frossard berichtete dann weiter über grausame Repressalien gegen russische Kriegsgefangene in Frankreich, sobald sie irgendwelche Sympathien für die Sowjets zeigten, und fuhr fort: Die angeklagten Sozialrevolutionäre sind für die französische Regierung nichts weiter als ein Werkzeug gewesen, um ihre Zwecke zu erreichen. Weder die Regierung Clemenceaus noch die Poincarés habe daran gedacht, sie dauernd an der Macht zu lassen. — **Auf die Frage, ob es in Frankreich geheime Fonds gebe, aus denen im Auslande verübte Sabotageakte bezahlt würden, wie Brückensprengungen und ähnliches, erklärte Frossard, daß die französische Regierung hierfür hunderte von Millionen, vielleicht Milliarden, ausgegeben habe.**

Dieser Teil der Aussagen Frossards mag etwas interessanter sein und größtenteils den Tatsachen entsprechen, wir vermögen darin nur einen sehr weitläufigen Zusammenhang mit dem Moskauer Prozeß zu erblicken, der künstlich durch die perfide Behauptung konstruiert wurde, daß die Angeklagten Werkzeuge der französischen Regierung seien. Mit viel größerem Recht könnte man sagen, daß die französischen Kommunisten und ihre Moskauer Auftraggeber selbst Werkzeuge Poincarés seien, denn sie haben die Arbeiterbewegung gespalten und zerschlagen und damit die Bahn für die Reaktion freigemacht!

Die Sowjetpresse höhnt.

Moskau, 16. Juni. (WTB.) (Verspätet eingetroffen.) Die beiden führenden Zeitungen „Prawda" und „Iswestija" suchen die Abreise der Verteidiger der angeklagten Sozialrevolutionäre als eine Flucht vom Schlachtfelde darzustellen. Ihre Reise nach Moskau erweise sich nun als ein abgekartetes Spiel, um einen politischen Skandal herbeizuführen und damit im Auslande Stimmung gegen die Sowjets zu machen und das Revolutionsgericht als parteiisch zu diskreditieren.

Radek richtet an Vandervelde einen offenen Brief, in dem er ihn auffordert, zum Abschied von Moskau vor den Moskauer Arbeitern einen Diskussionsabend über seine Argumente zu veranstalten. Er wolle dafür sorgen, daß Vandervelde keine Katzenmusik noch sonstige Kundgebungen bereitet würden. Der offene Brief schließt mit dem Ausdruck des ironischen Bedauerns Radeks für den Fall, daß Vandervelde nicht erscheinen sollte.

Vandervelde in Riga.

Wie wir erfahren, ist Vandervelde, der mit den anderen auswärtigen Verteidigern, Liebknecht und Rosenfeld, die Verteidigung im Moskauer Prozeß niederlegte, in Riga eingetroffen.

Das Defizit der Ordnungszelle.

München, 20. Juni. (TU.) Im bayerischen Landtag teilte heute ein Vertreter des bayerischen Justizministeriums mit, daß der Fehlbetrag im bayerischen Haushalt für 1921 150 000 000 M. betrüge und sich für 1922 auf 650 000 000 M. belaufen werde. Bei der Aufstellung des Haushaltsetats für 1921 hatte man mit einem Fehlbetrag von 250 000 000 M. und für 1922 mit einem solchen von 350 000 000 M. gerechnet. Der Regierungsvertreter erklärte, daß es sich nur durch äußerste Sparsamkeit ermöglichen werde, die Ein- und Ausgaben in ein Gleichgewicht zu bringen.

Przanowsky lehnt ab! Infolge der Opposition der Linksparteien und gewisser Einwendungen seitens der polnischen Volkspartei hat Przanowsky auf sein Mandat verzichtet, das neue Kabinett zu bilden. Heute findet eine Sitzung des Hauptausschusses statt, in der die Frage der Ablehnung der Kabinettsbildung seitens Przanowskys besprochen werden und eventuell die Designierung eines neuen Ministerpräsidenten erfolgen soll.

Zu einem Kammertumult kam es anläßlich des Kolonialetats in Italien, wo Sozialisten und Nationalisten infolge eines mißverstandenen Zwischenrufs handgemein wurden. Der Präsident hob die Sitzung auf und ließ die Tribünen räumen. Das Mißverständnis wurde später aufgeklärt.

Bei den Musterungen in Südtirol wurden 90—100 Prozent für tauglich zum italienischen Heeresdienst erklärt — weit mehr als vor dem Krieg unter österreichischer Regierung. Entgegen einem Erlaß des Kriegsministers mustert man auch ehemalige österreichische Soldaten aus und selbst Deutschösterreicher sollen trotz Protest assentiert worden sein.

Ein Siedlungswerk.

Zur Errichtung von Kleinwohnungsbauten hauptsächlich für Beamte ist eine Wohnstättengesellschaft gegründet worden, um deren Zustandekommen sich auch Reichs- und Staatsbehörden, besonders das Reichsarbeitsministerium, bemüht haben. Die Gesellschaft hat schon im vorigen Jahr bei Zehlendorf den Bau von 108 Wohnungen begonnen, und die Arbeiten sind inzwischen so weit vorgeschritten, daß die Wohnungen spätestens Ende dieses Jahres beziehbar werden dürften. Auch in der Nähe des Botanischen Gartens sind, dank der Unterstützung durch die Reichsbank, 238 Wohnungen bereits in Angriff genommen. Jetzt geht die Gesellschaft an die Ausführung ihres dritten Vorhabens, an die Bebauung des als „Ceciliengärten" bezeichneten Geländes in Schöneberg. Hier beteiligt sich zum erstenmal auch die Stadt Berlin.

Heute fand auf der Baustätte die feierliche Grundsteinlegung statt, an der Reichs-, Staats- und Stadtbehörden teilnahmen. Es sprachen Vertreter des Aufsichtsrates der Gesellschaft, des Reichsarbeitsministeriums, des Preußischen Wohlfahrtsministeriums, sodann der Schöneberger Bezirksbürgermeister Berndt, der neue Berliner Städteerbauer Ekart, Vertreter der Reichsbank, Vertreter der am Bau betätigten Bauhandwerker und der Bauleiter Stadtrat Lassen. In den Ansprachen wurde viel geredet von der Not des deutschen Volkes, von der Hoffnung auf bessere Zeiten, von der Hoffnung auf neue Macht des Deutschen Reiches. Bürgermeister Berndt begleitete seine drei Hammerschläge mit dem Spruch: „Der Zeit zum Trotz, dem Leid zum Trotz, den Bewohnern zum Segen!" Was der deutschnationale Herr Berndt meint, wenn er „Der Zeit zum Trotz!" ausruft, darüber wird niemand im Zweifel sein.

Nach der Grundsteinlegungsfeier begaben die Teilnehmer sich zum Schöneberger Rathaus und besichtigten die dort vor einigen Tagen eröffnete Wanderausstellung für Siedlungswesen. Diese betont die hygienischen und ästhetischen Vorzüge der Kleinstadtsiedlung vor der Großstadtzusammenballung.

Ab Donnerstag 4 M. auf der Straßenbahn.

Keine Tariferhöhung auf den ehemaligen Vorortbahnen.

Die gestern von den Stadtverordneten beschlossene Erhöhung des Straßenbahntarifs auf 4 M., der Wegfall der Sammelkarten und die Ermäßigung des Fahrpreises für Kinder bis zu 14 Jahren auf 2 M. treten auf den Stammstrecken der Berliner Straßenbahn (der ehemaligen Großen Berliner Straßenbahn, der städtischen Straßenbahn und der Siemens-Bahn) am morgigen Donnerstag in Kraft. Die weitere Ermäßigung für Schüler und Lehrlinge soll am 1. Juli Geltung erlangen.

Für die im wesentlichen in sich abgeschlossenen Verkehrsnetze der ehemaligen Vorortstraßenbahnen in Köpenick, Spandau und der Teltower Kreisstraßenbahnen in Lichterfelde, Lankwitz und Steglitz ist es gelungen, eine Tariferhöhung abzuwenden, die angesichts der kurzen Strecken dieser Vorortstraßenbahnen zu einer weiteren Abwanderung Anlaß gegeben hätte. Es bleibt also auf diesen Straßenbahnen bei dem bisherigen Fahrpreis von 3 M. und auch die Umsteigekarten im Binnenverkehr dieser Straßenbahnen sollen nur 3 M. kosten. Ebenso behält dort die Sammelkarte für 8 Fahrten zu 22 M. ihre Geltung. Die Preise der Monatskarten bleiben auf allen Straßenbahnen unverändert, dagegen werden die Schülerkarten allgemein auf 75 M. erhöht, während die Arbeiterwochenkarten im Binnenverkehr der Vorortbahnen mit 24 M. für 12 Fahrten unverändert bleiben. Ausschlaggebend für diese Beschlüsse war die Erwägung, daß die verhältnismäßig kurzen Strecken der Vorortstraßenbahnen den erhöhten Tarif mit dem damit verbundenen weiteren Verkehrsrückgang nicht tragen können. Es ist im Gegenteil zu erwarten, daß die Beibehaltung des jetzigen 3-M.-Tarifs auf den Straßenbahnen der genannten Bezirke eine Verkehrszunahme bringen wird, die es nicht zu den von der Verkehrsverwaltung befürchteten Mindereinnahmen kommen lassen, sondern wahrscheinlich sogar eine Mehreinnahme bringen wird.

Verhaftung einer Kindesmörderin.

Der furchtbaren Tat einer Mutter, einer 23 Jahre alten früheren Stütze Luise Mösch, ist die Kriminalpolizei auf die Spur gekommen. Das Mädchen führte einen lockeren Lebenswandel und war bereits Mutter eines Kindes von zwei Jahren, das sie in der Heimat untergebracht hat. In einem Alimentationsprozeß wurde sie wegen Verleitung zum Meineid zu einer Zuchthausstrafe verurteilt. In der Strafanstalt gebar sie das zweite Kind. Kurz vor Himmelfahrt entlassen, begab sich die Mösch mit dem Kinde zu den Eltern auf das Land in Groß-Friedrichsfelde und, hier abgewiesen, zu einer Tante nach Berlin in der Großen Frankfurter Straße. Die konnte sie aber auch nicht immer bei sich behalten und riet ihr, nach acht Tagen noch einmal mit dem Kinde nach Hause zu fahren. Die Eltern wiesen sie wieder ab. Auf dem Rückwege durch einen Wald tötete sie das Kind, indem sie es mit dem Kopfe so lange gegen einen Baumstumpf schlug, bis es tot war, und verscharrte die Leiche im Walde. Der Tante in Berlin erzählte sie jetzt, sie habe das Kind in der Heimat in Pflege gegeben. Das Landjägeramt forschte nun nach dem Kinde und benachrichtigte die Berliner Kriminalpolizei. Auch hier blieb die Mösch dabei, daß das Kind auf einem Dorf in Pflege sei. In einem eingehenden Verhör jedoch in die Enge getrieben, gestand sie den Mord ein. Die Kindesmörderin wurde verhaftet und dem Untersuchungsrichter zugeführt.

Landaufenthalt für Stadtkinder.

Von zuständiger Seite wird geschrieben: Neuerdings häufen sich in der Tagespresse Groß-Berlins die Notizen, in denen darauf hingewiesen wird, daß einzelne Persönlichkeiten oder auch gemeinnützige Vereine und Organisationen die Unterbringung erholungsbedürftiger Großstadtkinder auf dem Lande teils unentgeltlich, teils gegen Bezahlung vermitteln. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß die vorübergehende Unterbringung von erholungsbedürftigen Kindern weniger bemittelter Eltern aus Großstädten und Industriebezirken auf dem Lande ein Gebiet der Erholungsfürsorge ist, dessen sich der Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder" (Berlin W. 9, Potsdamer Str. 134a) schon seit fünf Jahren mit großem Erfolge annimmt. Es erscheint zweckmäßig, erneut darauf aufmerksam zu machen, daß bei sämtlichen Bezirksämtern Groß-Berlins Dienststellen eingerichtet sind, die den Landaufenthalt für Stadtkinder bearbeiten. Allen Eltern, denen an der Unterbringung ihrer Kinder in Einzelpflegestellen auf dem Lande oder in Heimen gelegen ist, sei daher erneut empfohlen, sich an die zuständigen Bezirksjugendämter zu wenden, die allein die dem Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder" zugebilligten Vergünstigungen (Fahrpreisermäßigung und Unfall- und Haftpflichtversicherung) vermitteln können. Soweit Organisationen und gemeinnützige Vereine von den dem Verein zugestandenen Vergünstigungen Gebrauch machen wollen, können sie dies nur tun, wenn die Kinder bestimmungsgemäß in die bei den Bezirksämtern zu führenden Ortslisten eingetragen sind.

Die Kraftfahrzeugsteuer.

Der Magistrat hat beschlossen, seinen Entwurf einer Ordnung betreffend die Erhebung einer Steuer von Kraftfahrzeugen, die der gewerbsmäßigen Personenbeförderung dienen, zurückzunehmen. Da das Halten von Personenkraftwagen bereits durch das Reichsstempelgesetz von 1913 und das Reichskraftfahrzeugsteuergesetz von 1922 einer Reichssteuer unterworfen ist, so ist die Erhebung einer gleichartigen Steuer durch die Gemeinden nach § 2 des Landessteuergesetzes von 1920 ausgeschlossen. Die Ordnung betreffend die Erhebung einer Steuer für die Benutzung von Kraftdroschken in Berlin, die nicht das Halten einer Kraftdroschke, sondern deren Benutzung durch den Fahrgast einer Steuer unterwirft, bleibt bestehen.

Zwei ungetreue Posthilfsschaffner wurden entlarvt und festgenommen. Der Oberpostdirektion gingen in der letzten Zeit wiederholt Klagen zu, daß Sendungen, besonders Einschreibebriefe, die von einem Postamt im Westen der Stadt bestellt werden mußten, gar nicht oder zu spät und beschädigt eingegangen waren. Sie setzte sich mit der Kriminalpostdienststelle in Verbindung, und die gemeinsamen Beobachtungen und Nachforschungen lenkten den Verdacht, die Sendungen unterschlagen zu haben, auf die Posthilfsschaffner Franz Zabel und Max Uhland, die auf dem Amte beschäftigt waren. Der Verdacht bestätigte sich dann auch. Die beiden unterschlugen Briefe und trafen sich regelmäßig in einem Hause in der Passauer Straße, wo sie auf einer Bank in einer Marmornische die unterschlagenen Sendungen öffneten und untersuchten. Was sie an amerikanischen Dollars, an Gulden und Franken fanden, behielten sie für sich. Beide wurden dem Untersuchungsrichter zugeführt. Zabel hat den größten Teil der Beute für sich verbraucht und seinen Helfershelfer mitunter um einen Teil seines Anspruchs geprellt.

Feuer in einer Adlershofer Wohnbaracke. Ein großer Brand kam heute früh auf dem Flugplatz bei Adlershof aus noch nicht festgestellter Ursache zum Ausbruch. Als die Feuerwehr aus Niederschöneweide und die Wehren aus Adlershof und Umgegend an der Brandstelle ankamen, stand das Dach einer von mehreren Familien bewohnten großen Baracke schon ganz in Flammen. Diese hatten so reiche Nahrung gefunden, daß sofort mit mehreren Schlauchleitungen kräftig gelöscht werden mußte, um die übrigen Baracken zu schützen. Nach mehrstündiger Tätigkeit konnten die Wehren wieder abrücken. Der Schaden soll erheblich sein.

Der Währungsanschluß. Auf Einladung des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes wird das Mitglied des Wiener Nationalrats, Genosse Ellenbogen, Freitag, den 23. Juni, abends 8 Uhr, im Saal 12 des Reichstagsgebäudes über den Plan eines Währungsanschlusses Deutschösterreichs an Deutschland sprechen. Eintrittkarten sind im Bureau des Volksbundes, Schloß Bellevue, erhältlich.

Hunderennen. Der Berliner Hunde-Renn-Club (e. V.), Sitz Berlin, erläßt soeben seine Ausschreibungen für seinen 6. Renntag in dieser Saison. Die Rennen finden am Sonntag, den 2. Juli, nachmittags 3 Uhr im Stadion Lichtenberg statt. Auf dem Programm stehen 7 Flach- und Hürdenrennen, ausgestattet mit 5 Ehrenpreisen und 6000 Mk. Geldpreisen. Die einzelnen Rennen sind für folgende Rassen ausgeschrieben: Deutsche Schäferhunde, Dobermänner, Foxterrier, Pinscher, Barsois, Whippets und Greyhounds. Außerdem werden 2 Rennen gelaufen, für welche alle Polizeihundrassen zugelassen sind. Meldeschluß Montag, den 26. Juni. Interessenten erhalten Meldeschein und Rennbedingungen durch den Rennleiter H. Buchelt, Berlin O. 17, Fruchtstr. 18, telephonische Auskunft durch den 1. Vorsitzenden E. Elgner, Pankow-Niederschönhausen, Amt Pankow Nr. 3330.

Millioneneinbrüche in Oberschlesien. In einem Lagerhaus einer Lebensmittelfirma in Kattowitz wurde in der Nacht zum Sonnabend ein schwerer Einbruch verübt und eine große Menge Kolonialwaren im Werte von acht Millionen Mark gestohlen. — Auf dem Bahnhof in Königshütte wurde in der Nacht zum Sonnabend ein geschlossener Eisenbahnwagen erbrochen und seines Inhalts im Werte von sechs Millionen Mark beraubt.

Katastrophale Wolkenbrüche in Südserbien. In der Umgebung von Kumanovo-Kriva und Kriva-Palanka in Südserbien richteten Wolkenbrüche großen Schaden an. Auch Menschenopfer, deren Zahl noch nicht festgestellt ist, sind zu beklagen. Das Unwetter hatte insbesondere in Kriva-Palanka katastrophalen Charakter, da es nach Mitternacht niederging, während die Bewohner schliefen. 58 eingestürzte Häuser wurden samt Hausgerät von den reißenden Fluten weggeschwemmt. Zahlreiches Vieh ist ertrunken.

Schneefälle im Berner Oberland. Am Sonntag hat es im Berner Oberland bis auf 1400 Meter herab geschneit.

Sport.

Lewanow gewinnt „Die Hundert". Auch das zweite Abendrennen in Treptow erfreute sich eines zahlreichen Zuspruchs. Im großen Dauerrennen „Die Hundert" erwies sich Lewanow als der Beste; er gewann beide Läufe mit mehreren Runden Vorsprung. Die drei weiteren Teilnehmer: Bauer, Weiß und Sawall wurden durch Rad- und Motorschäden mehr oder weniger in der Entfaltung ihrer Leistungsfähigkeit behindert. Die Fliegerrennen verliefen besonders interessant; hier waren Hoffmann, Hahn und Schulz-Reinas die Helden des Abends. Ergebnisse: „Die Hundert": 1. Lauf über 50 Kilometer: 1. Lewanow 48 Min. 50⅘ Sek., 2. Bauer 1680, 3. Weiß 3120, 4. Sawall 3520 Meter zurück. — 2. Lauf über 50 Kilometer: 1. Lewanow 47 Min. 56⅘ Sek., 2. Weiß 590, 3. Bauer 1640, 4. Sawall 2410 Meter zurück. — Klassement: 1. Lewanow 100 Kilometer, 2. Bauer 96,680 Kilometer, 3. Weiß 96,360 Kilometer, 4. Sawall 89,070 Kilometer. — Vorgabefahren, 3 Runden: 1. Hahn 1 Min. 5⅘ Sek., 2. Behrendt 30, 3. Schulz 40, 4. Reinas 35 Meter Vorgabe. — Prämienfahren, 30 Runden: 1. Hoffmann 12 Pkt. 29⅘ Sek., 2. Kendelbacher, 3. Schulz, 4. Oskar Tietz. — Tandem-Prämienfahren, 15 Runden: 1. Schulz-Reinas, 2. Krahner-Petri, 3. Kendelbacher-Hiepel.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 21. Juni:

36. Abt. 7½ Uhr wichtige Funktionärversammlung bei Behrend, Bielefelder Str. 24.

Morgen, Donnerstag, den 22. Juni:

15. Kreis. 8 Uhr, Kreisvorstandssitzung in Niederschöneweide, Havelmeerderstr. 36 bei Richter.

29. Abt. 7 Uhr, bei Burg, Prenzlauer Allee 180, wichtige Funktionärsitzung.

91. Abt. Neukölln. 7½ Uhr, bei Müll, Reuterstr. 11, Sitzung der Funktionäre und Kreisvertreter. Diejenigen Bezirksführer, die noch nicht abgerechnet haben, müssen dies unbedingt in dieser Sitzung nachholen.

•

11. Kreis. Schöneberg-Friedenau. Die Vorstandssitzung am Freitag fällt aus. Nähere Nachrichten erfolgen in der Sonntagsausgabe. Sämtliche Funktionäre finden sich Donnerstag, nachm. ab 5 Uhr, bei Will, Martin-Luther-Straße 69, zur Entgegennahme und Verteilung von Handzetteln zu der Versammlung am Freitag ein. Die Abteilungsführer treffen alle Vorbereitungen, damit die Verteilung noch am Donnerstag abend vor sich gehen kann.

11. Deutscher Gewerkschaftskongreß.

SPD. Leipzig, 21. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Dritter Verhandlungstag. Vormittagssitzung.

Leipart erhält das Schlußwort zum Geschäftsbericht und sagt, daß er mit dem Verlauf und dem Ergebnis der Debatte wenig zufrieden ist. Dem Genossen Brey spricht er den Dank der Bundesleitung und der Mehrheit des Kongresses für seine Tätigkeit aus. Die Kommunisten, so führt Leipart aus, haben hier geredet, wie sie immer mit uns diskutieren. Sie verschweigen die Tatsachen oder drehen sie ins Gegenteil um. Sie behaupten, der Bundesvorstand betreibe eine „verräterische Politik", durch die es dem Unternehmertum ermöglicht werde, das Haupt dreister zu erheben denn je. Dem gegenüber ist festzustellen, daß der falsche Gebrauch unserer Kampfmittel durch

die Kommunisten unsere Waffen stumpf gemacht

hat. Die unvernünftige Agitationspolitik der Kommunisten hat große Arbeitermassen abgedrängt in das Lager unserer Gegner oder der Indifferenten. Sie haben zum Beispiel unser Berliner Gewerkschaftshaus gestürmt und geschädigt. (Lebhafte Zurufe: Leipziger Bauarbeiterkongreß!) Nicht die Politik des ADGB., sondern die falsche Gewerkschaftspolitik der Kommunisten hat das Unternehmertum und die Reaktion gestärkt. (Sehr richtig!) Die Arbeiter stellen sich den Kampf anders vor als die Kommunisten ihn propagieren. Die Waffe der geistigen Aufklärung, nicht des Generalstreiks, der alle 24 Stunden wiederholt wird, das ist unser Kampfmittel.

Der Referent nimmt dann zu den Angriffen auf die „Betriebsräte-Zeitung" Stellung und sagt, daß er nicht mit allem einverstanden war, was dort geschrieben wurde. Dr. Striemer hat aber dennoch dankenswerte Arbeit geleistet. Jetzt ist ein Redaktionskollegium eingesetzt worden, das aus beiden Sekretären der Betriebsrätezentrale besteht.

Der Kampf der Kommunisten gegen die Generalstreikparole von Rom entspringt keiner anderen Absicht als der, Verwirrung und Unruhe in die Arbeitermassen zu bringen. Zu bedauern ist, daß die Masse nicht aktiv genug ist. Sorgt dafür, daß sie immer da sind, wenn sie gerufen und gebraucht werden!

Lebhaft bedaure ich die Rede Dißmanns, und zwar deshalb, weil sie von einem Mitglied des Bundesausschusses gehalten wurde. (Lebhafte Sehr richtig! — Zurufe: Wählt ihn in den Vorstand, dann ist er stille! — Große Heiterkeit.) Seine Rede war eine schlechte Rede und hat auf den Kongreß keinen Eindruck gemacht. (Ironische Zurufe: Oh, doch!) Die Kritik Dißmanns war unehrlich. Er hat unseren Kampf um die 10 Punkte kritisiert und in dieser Kritik wichtige Beratungen totgeschwiegen (Stürmische Hört! hört! — Lebhafter Widerspruch Dißmanns), in denen er nicht den Mut aufbrachte, den Generalstreik für die Durchsetzung der 10 Punkte zu fordern. Dißmann hat wiederholt den AfA-Bund, der alles besser gemacht haben soll als der ADGB., gegen uns ausgespielt. Für seine Absicht, zwischen uns und der AfA einen Gegensatz zu konstruieren, liegt keine Veranlassung vor.

Zu dem Achtstundentag bemerkt Leipart, daß in einer Regierung, die sich der Errungenschaft der Arbeiterschaft nicht anpasse, für Arbeitervertreter kein Platz ist. (Lebhafter Beifall.) Dißmanns Kritik an der Arbeitsgemeinschaft beim Hinweis auf die Lobrede Stinnes richtet sich gar nicht gegen die Arbeitsgemeinschaft, sondern gegen uns. Er sagt, wir müssen bei unserer Politik immer Rücksicht nehmen auf unsere politischen Bundesgenossen. Nun sitzt aber im Bundesvorstand kein Parteiführer. Dißmann aber ist Parteiführer und sitzt im Reichstag. Er muß demzufolge unausgesetzt bei seiner Gewerkschaftspolitik Rücksicht nehmen auf seine Partei. Dasselbe gilt von seiner gestrigen Rede. **Die Kritik wurde nicht vom gewerkschaftlichen, sondern**

vom politischen Gesichtspunkte

aus geführt. (Stürmische Zustimmung.) Der Redner besprach dann die eingegangenen Entschließungen und weist auf den Unfug der Kommunisten hin, die zwei Resolutionen eingebracht haben, von denen die eine länger ist als die andere und die kürzeste so lang wie ein ausgewachsener Leitartikel. Die Entschließungen zur Wohnungsfrage und gegen die Teuerung empfiehlt er zur Annahme.

Im Interesse der gewerkschaftlichen Bewegung wünscht er zum Schluß, daß die altbewährten Mittel der Gewerkschaft beibehalten und auf dem zum Ziele führenden Weg fortgeschritten werde. (Lebhafter Beifall.)

Nach einer persönlichen Bemerkung Dißmanns wurden die Abstimmungen über die vorliegenden Anträge zum Geschäftsbericht vorgenommen. Ihnen schließt sich das Referat Körpels über „Betriebsräte und Gewerkschaften" an.

In der Abstimmung über die zum Geschäftsbericht vorliegenden Anträge wird nach lebhafter Debatte über die Form der Abstimmung folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Der 11. Deutsche Gewerkschaftskongreß macht sich die von den Vorständen des ADGB. und der AfA. im November 1921 aufgestellten

zehn Forderungen

zu eigen. Indem der Kongreß mit Entrüstung konstatiert, daß diese Forderungen bei dem zwischen den Koalitionsparteien unter Einschluß der Deutschen Volkspartei abgeschlossenen Steuerkompromisses keinerlei Berücksichtigung gefunden haben, betont er, daß die aufgestellten zehn Punkte ein realisierbares und keineswegs nur theoretisches Programm darstellen. Eine grundlegende Steuerreform bildet aber die Voraussetzung dafür, daß die Lage der arbeitenden Klasse endlich zu einer erträglicheren gestaltet werden kann.

Der Kongreß beschließt daher, den Bundesvorstand zu beauftragen, die Macht der Gewerkschaften in jeder nur möglichen und geeigneten Weise unter Zuhilfenahme aller gewerkschaftlichen Kampfesmittel dafür einzusetzen, daß die von ihm selbst aufgestellten Forderungen, insbesondere die Erfassung der Sachwerte, praktisch durchgeführt werden.

Für die Redaktionskommission berichtet Spreeberg (Schneiderverband). Er empfiehlt u. a. die Ablehnung der kommunistischen Entschließungen, der Mißtrauensanträge gegen Bundesvorstand und die Redaktion der „Betriebsrätezeitung" und die Annahme eines Vertrauensvotums für den Bundesvorstand. Abgelehnt werden soll auch die Entschließung für die Freilassung der politischen Gefangenen in Deutschland und die kommunistische Entschließung über die Frauenfrage, deren meiste Forderungen schon seit Jahrzehnten vertreten werden, im übrigen aber nicht unbesehen angenommen werden können. Die Länge der kommunistischen Entschließungen allein macht schon eine geordnete Besprechung unmöglich, was im Interesse der Antragsteller zu bedauern sei.

Als **Dißmann** (Metallarbeiter) wieder das Wort zu einer Erklärung gegen die Abstimmung über einen nicht zur Debatte gestandenen Antrag erhält, wird er vom Kongreß mit stürmischen Entrüstungsrufen gegen seine fortgesetzten Wortmeldungen empfangen. Angenommen wird dann die Entschließung zur Wohnungsfrage und eine Entschließung zur Frage der Brotversorgung, die an anderer Stelle wiedergegeben wird.

Weiter wird angenommen ein Antrag der Kommunisten: „Die sofortige Freilassung aller der Arbeiterklasse angehörenden Gefangenen und eine umfassende Amnestie für alle politischen und damit zusammenhängen Verbrechen und Vergehen." Er fordert den Bundesvorstand und alle Gewerkschaften auf, alle Mittel anzuwenden, um den politischen inhaftierten und verfolgten Klassengenossen die Freiheit zu erkämpfen.

Leipart stellt fest, daß die Gegner des Antrages ihn nicht deshalb abgelehnt haben, weil sie die Festhaltung der Gefangenen fordern, sondern weil der Wortlaut des Antrages nicht ihre Zustimmung fand. (Zurufe: Freilassung auch in Rußland.)

Es wird dann unter großer Bewegung gegen die kommunistischen Stimmen folgender Antrag angenommen:

„Der 11. Gewerkschaftskongreß als Vertreter von ca. 8 Millionen Arbeitern und Arbeiterinnen Deutschlands erhebt flammenden Protest gegen die in Moskau getriebene Sowjetjustiz gegen die Sozialrevolutionäre. Der Kongreß erwartet, daß die Sowjetregierung sofort eingreift, um dem in Berlin gegebenen Versprechen Erfüllung zu verschaffen. Der Kongreß erwartet weiter, daß seitens der Sowjetregierung alles unternommen wird, um der Verteidigung ihre Aufgabe, die Empfindungen und Rechtsauffassungen des internationalen Proletariats vorzutragen zu ermöglichen und ihr gerecht zu werden. Weiter appellieren wir an das gesamte russische Proletariat, mit allen Mitteln dafür zu wirken, daß für unsere angegriffenen Arbeitsgenossen in Rußland volle Freisprechung erfolgt.

Feismann und G.‿ossen."

Dann spricht der Kongreß mit Dreiviertelmehrheit dem Bundesvorstand das Vertrauen aus.

ausgezahlten Löhne für Mai und Juni in schärfster Weise Ausdruck gaben. Schließlich wurde ein Antrag auf Urabstimmung über die neuen Beiträge angenommen. Wie Gürne mitteilte, ist seitens der Vertreter des Magistrats versprochen worden, von den noch ausstehenden Mailöhnen nächsten Freitag etwa 90 Proz. und am übernächsten Freitag einen Vorschuß auf die Junilöhne auszuzahlen. Ferner habe der Magistrat der Ortsverwaltung eine neue Ruhelohnbestimmung übersandt.

Streik der Berliner Viehtreiber.

Kaum ist der Streik der Engrosschlächtergesellen beendet, so wird durch den Machtdünkel einer anderen Gruppe Arbeitgeber, der Viehkommissionäre, ein neuer Wirtschaftskampf heraufbeschworen. Das Lohnabkommen der Treiber lief bereits am 9. Juni ab und bis heute hat noch keine Neuregelung der Löhne stattgefunden. Mit ganz durchsichtigen Mitteln wurde bei den Verhandlungen von seiten der Kommissionäre gearbeitet. So konnte auf der Stelle nachgewiesen werden, daß eine Firma anstatt eines Defizits von 3000 M. einen Ueberschuß von 70 000 M. aus den Treibergeldern hatte. Zum besseren Verständnis sei in kurzen Zügen auf die Einkommensverhältnisse hingewiesen.

Jeder Viehhändler, der Vieh irgendwelcher Art nach Berlin bringt, zahlt vorneweg an die Genossenschaft der Kommissionäre ein sogenanntes Treibergeld. Dieses beträgt zum Beispiel für Rinder 25 M., für Schweine 10 M. pro Stück und ist für die Entlohnung der Treiber bestimmt. Außerdem erhalten die Kommissionäre 1½ Proz. Provision. Bei den Mengen von Vieh und den hohen Preisen sind dies außerordentlich hohe Summen, welche in die Taschen der Kommissionäre fließen. Im Durchschnitt hat die einzelne Firma pro Woche eine Einnahme von 47 850 M. Nach Abzug der Gehälter für je einen, höchstens aber drei Buchhalter und der Geschäftsunkosten verbleibt jeder Firma im Durchschnitt ein Reingewinn von rund 30 000 M. pro Woche. Also eine hübsche Verzinsung des Kapitals.

Was verlangen aber nunmehr die Treiber, welche die beschwerliche und gefährliche Arbeit des Viehaus- und -einladens und Transportes in Wind und Wetter zu verrichten haben?

Der bisherige Lohn war 1000 M. pro Woche. Die Lohnforderung beträgt 1500 M. und wurde von den Arbeitgebern rundweg abgelehnt. Gegen die Zahlung eines zeitgemäßen Lohnes sträuben sich die Herren, die Millionen Einkommen im Jahre haben. Da keine Aussicht auf Verständigung mehr vorhanden war, legten heute morgen sämtliche Treiber die Arbeit nieder und werden für ihre Existenz zu kämpfen wissen.

Schiedsspruch über die Müllkutscherlöhne.

Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin hat am Dienstag nach mehrstündiger Verhandlung einen Schiedsspruch über die Lohnforderungen der Müllarbeiter gegenüber der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Hausbesitzer gefällt, der den Arbeitnehmern für die Zeit vom 16. Juni bis zum 31. Juli erhebliche Zulagen bewilligt. Es sollen an Wochenlohn erhalten: Kutscher 1200 M. (bisher 900 M.), Kutscher mit mehreren Pferden 1225 M., Schaffner 1125 M., Verladearbeiter 1030 M., Stalleute 980 M., und Hofarbeiter 900 M. Ferner wurde vereinbart, daß auf der Grundlage des letzten Schiedsspruches im Reichsarbeitsministerium ein Tarifvertrag festgelegt werde, der die Fragen bezüglich Herabsetzung des Urlaubs und sonstiger sozialer Bedingungen regelt und bis zum 30. September Geltung haben soll. Beide Parteien haben sich binnen 6 Tagen über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs zu erklären.

Streik in der Stralauer Glashütte.

Nachdem die zentralen Lohnverhandlungen für die Flaschenindustrie gescheitert waren, stellte die Arbeiterschaft der Stralauer Glasfabrik am Montag, den 19. Juni 1922, örtlich ihre Forderungen der Betriebsleitung zu, und zwar auf eine Erhöhung von 40 Proz. Man sollte nun der Meinung sein, daß, wenn festgestellt wird, ein Stundenlohn von 24 M. einschließlich Familienbeihilfe bei Akkord und anstrengender Feuerarbeit erzielt wird, eine derartige Forderung den heutigen Verhältnissen entsprechend nicht unberechtigt ist, besonders wenn man die Gewinne der Unternehmer dazu vergleicht. Die Hilfsarbeiter erhalten jetzt einen Stundenlohn von 20 M. Nachdem der Betriebsrat mit der Betriebsleitung verhandelt hatte und das Zugeständnis von 10 Proz. der Belegschaft bekannt gab, verließ die Arbeiterschaft einmütig den Betrieb und ist gewillt, für ihre gestellten Forderungen im Kampfe zu verharren.

Verlängerung der Arbeitszeit in Holland.

In den Sitzungen vom 11. und 18. Mai d. J. nahm das holländische Parlament den Gesetzentwurf betreffend Abänderung des Arbeitsgesetzes von 1919 an.

Dieses kam schon vor der Arbeitskonferenz von Washington im Jahre 1919 angesichts der damaligen Revolutionsgefahr zustande und legte die 45-Stunden-Woche und den Achtstundentag gesetzlich fest. Nun wurden diese Arbeitszeiten durch die 48-Stunden-Woche und den Achteinhalbstundentag ersetzt. Auch kann der Minister Abweichungen vom Gesetz gestatten, falls Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einem diesbezüglichen Einverständnis gelangen. In solchen Fällen darf die Arbeitszeit 2500 Stunden pro Jahr nicht überschreiten. Diese Bestimmung ermöglicht es also faktisch, daß unter Einhaltung der vorgeschriebenen Maximalzahl von Arbeitsstunden pro Jahr der normale Arbeitstag verlängert werden kann.

Der angenommene Gesetzentwurf bedeutet einen Rückschritt und eine Konzession an die reaktionären Elemente. Während die Arbeitgebervereinigungen in und außerhalb des Parlaments rundweg nach einem Zehnstundentag streben, sind ihre Wortführer im Parlament bemüht, die Verfolgung dieses Zieles dadurch zu unterstützen, daß sie für eine sog. „geschmeidigere Interpretation" des Arbeitsgesetzes eintreten, und zwar durch größtmöglichste Ausschaltung der Regierungskontrolle auf dem Gebiete der Ueberstunden und durch Einfügung spezieller gesetzlicher Bestimmungen für gewisse Industrien und Betriebe mit durchgehender Tag- und Nachtarbeit. Sie schlagen sogar vor, die maximale Arbeitszeit pro Jahr mit Einschluß der Ueberstunden auf 2800 festzusetzen.

Generalversammlung der Gemeindearbeiter.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter (Filiale Groß-Berlin) hielt am Dienstagabend in den Andreas-Sälen eine außerordentliche Generalversammlung ab, die von den Delegierten zahlreich besucht war.

Ueber den 1. Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zum Verbandstag", hatte Gürne das Referat, der, anknüpfend an den vor 3 Jahren in Nürnberg stattgehabten Verbandstag, auf die Aufgaben hinwies, die ihrer Erledigung auf dem bevorstehenden Verbandstag in Magdeburg harren. Der Redner ging dann auf die bedeutendsten dieser Aufgaben näher ein und hob insbesondere die Anträge und Punkte der Tagesordnung hervor, die für die örtliche Berliner Organisation von erheblichem Interesse sind. Zu diesen zählen die Technische Nothilfe, die Grenzstreitigkeiten, die Frage der Tarifverträge, die Beitragsleistungen, Rechtsschutzfragen usw. Die hiesige Filiale des Verbandes hat insgesamt 52 Delegierte zu wählen und jede Branche wählt ihre Delegierten für sich. Die Wahlen finden erst im Juli statt. Redner schloß mit dem Wunsche, daß die Delegierten sich bei allen Fragen des großen Verantwortungsgefühls stets bewußt und bemüht sein möchten, die Interessen der Kollegenschaft nach besten Kräften wahrzunehmen.

Hierauf berichtete Hoffmann über die Neuregelung der Verbandsbeiträge. Nach dem Vorschlag der erweiterten Verwaltung und der Ortsverwaltung sollen ab 1. Juli folgende Beiträge (inklusive Ortszuschlag) erhoben werden:

Klasse 1, wöchentlich 15 M. (bei 901 bis 1200 M. Lohn); Klasse 2, 12 M. (bei 701 bis 900 M. Lohn); Klasse 3, 9 M. (bei 401 bis 700 M. Lohn); Klasse 4, 6 M. (bei 201 bis 400 M. Lohn); Klasse 5, 3 M. (bei 200 M. Lohn).

Andererseits sollen die Sätze für Unterstützung der Arbeitslosen, der Kranken, der Streikenden und Gemaßregelten sowie die Sterbeunterstützung der Kinder und die Notstandsunterstützungen an Mitglieder eine bedeutende Erhöhung erfahren.

Ueber die Beitragsfrage entspann sich eine sehr umfangreiche Aussprache, in der die meisten Redner sich gegen diese Beiträge wandten und dabei ihrem Unmut über die vom Magistrat noch nicht

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Klühs, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Ziehung 29.—30. Juni bestimmt
Marienburger
37. grosse Pferde-Lotterie
5818 Gewinne im Gesamtw. von
Hauptgewinne W.
390 000 M.
60 000 M.
40 000 M.
30 000 M.
20 000 M.
Lose 6 M. Liste u. Porto extra M. 3,50
10 Lose sortiert aus versch. Taus., inkl. Spes. M. 63,—
Lud. Müller & Co.
Berlin C 19 Jerusalemerstr. 18 Postsch.-Kto. 19420
Lose überall erhältlich

Bei
Korpulenz — Fettleibigkeit
sind Dr. Hoffbauers ges. gesch.
Entfettungs-Tabletten
ein vollkommen unschädlich. u. erfolgreiches Mittel ohne Einhalten einer Diät. Keine Schilddrüse. Kein Abführmittel. Ausf. Broschüre gratis.
Elefanten-Apotheke
SW 19, Leipziger Str. 74, Dönhoffpl.

Korbmöbel
f. Gärten, Balkone, Wohnz. i. mod. u. dauerhafter Ausf.
Korbsessel.
Gr. Auswahl.
Besicht. erbet.
Heinr. Kaese
Korb- u. Rohrmöbelf.
Neuk., Berl. Str. 83
Ganz pt. (Kein Lad.)

Reißend los
werden Sie alles überflüssige Haus- und Wirtschaftsinventar durch eine
Kleine Anzeige im „Vorwärts"

Dirndlstoffe / bw. Mousseline / Voile in apart. Neuheiten / Pa. Covercoats u. Gabardine / Macco-Hosen u. Einsatzhemden / Strümpfe / Schürzen / Taschentücher / Stickereien usw. / Große Auswahl in Damen- u. Kinderhüten bel. preisw.
Ella Dehmel, Neukölln
Niemetzstr. 9. Nähe Richardplatz.

Passage-Bad Kottbuser Damm 79
vollständ. renov., verabreicht folgende Bäder Wannen-, Sol-, Fichtennad.-, Stahl-, Russ.-röm., Schwefel-, Kohlensäure-, Licht-, Lohtannin-, Dampfkasten-, sowie sämtliche medizinischen Bäder
Liefer. sämtl. Krankenkassen
Russ.-röm. Bad f. Dam. Mittw. 10-1

Wichtig f. alle u. besond. heute ist die Sicherung d. Zukunft der Familie u. die Vorsorge für das Alter durch den Abschluß einer Lebensversicherung. Richt. Sie bald umgehend Ihre Anfrage an
Karlsruher Lebensversicher. a. G.
Hauptvertretung Groß-Berlin
Berlin W 50, Eislebener Straße 6

Für
Gold- u. Silber-Bruch
Brillanten etc.
zahlt die höchsten Tagespreise
Juwelen-Einkaufs-Gesellschaft
Hopenfeld & Co.
Berlin Antwerpen
Beuthstraße 12
(Spittelmarkt)

Geschlechtsleiden
ihre Erkennung und Heilung
ohne zu spritzen.
Kräuterkuren und ihre Wirkung.
Ohne Berufsstörung! Nachw. viele Erfolge. Ausführl. Brosch. versendet portofrei gegen Einsendung von 7 Mk.
Dr. R. E. Rauelser, med. Verlag, Hannover, Odeonstraße 3.